



Antrag

—

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ticketrevolution langfristig sichern. Finanzierung des Deutschlandtickets garantieren.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Mit dem Deutschlandticket ist der Nahverkehr in Sachen Nutzerfreundlichkeit und Zugänglichkeit auf ein neues Niveau gebracht worden. Gleichzeitig stellt es gerade für Pendler*innen eine enorme finanzielle Entlastung dar. Im Vergleich zum vormaligen kleinteiligen Verbundsystem ist es geradezu revolutionär und markiert eine Zeitenwende, da man nunmehr vom ÖPNV vor und nach der Einführung des Deutschlandtickets sprechen muss.

Für die Mobilität der Bürger*innen ist das ein großer Gewinn. Ebenso für Klima und Umwelt, da sich Emissionen und Lärm verringern, wenn perspektivisch mehr Busse und Bahnen anstelle von PKW in Deutschland unterwegs sind.

Daher begrüßt der Landtag die Verabredung der Länder die auflaufenden finanziellen Defizite hälftig tragen zu wollen, um das Deutschlandticket langfristig zu sichern.

Erst mit gesichertem Deutschlandticket kann auch der gezielte Ausbau des Nahverkehrs, in ländlichen und urbanen Räumen, konstruktiv vorangetrieben werden.

Der Landtag bekennt sich zur dauerhaften finanziellen Absicherung des Deutschlandtickets.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

zur finanziellen Absicherung des Deutschlandtickets für 2024 und die Folgejahre einerseits den Beitrag Sachsen-Anhalts grundsätzlich zuzusichern und andererseits auf allen politischen

Ebenen und mit massivem Nachdruck gegenüber dem Bund die finanzielle Beteiligung des Bundes einzufordern.

Begründung

Die aktuell bestehende Unsicherheit zur Zukunft des Deutschlandtickets ist politisch fatal. Eine mögliche Einstellung des Angebots wäre ein Politikversagen sondergleichen. Wenige Vorhaben der Ampelregierung haben solch eine Aufmerksamkeit erhalten und nehmen so unmittelbar positiven Einfluss auf die Lebensgestaltung Millionen von Bundesbürger*innen. Die Kraftanstrengung von Ländern, Kommunen und Verkehrsunternehmen zur Umsetzung des neuen Tickets waren enorm. Einen derartigen Systemwechsel zu administrieren und organisatorisch umzusetzen war eine große Herausforderung, die erfolgreich gestemmt wurde.

Wenn Bundesverkehrsminister Wissing jetzt eine Diskussion über eine mögliche Beendigung des Tickets aufkommen lässt, gerade wenn dieses quasi erst in den Normalbetrieb schaltet, ist das das Handeln eines politischen Hasardeurs. Auch die Sonder-Verkehrsministerkonferenz am 28. September ließ er ungenutzt für ein klares Bekenntnis zum Deutschlandticket.

Der Bundesregierung in Person von Verkehrsminister Wissing ist vonseiten des Landes unmissverständlich klarzumachen, dass er hier in der Pflicht steht. Gegenüber den Bürger*innen und gegenüber all jenen, die dieses Mammutprojekt derart schnell auf die Schiene und die Straße brachten. Eine mit jedem neuen Haushaltsjahr aufkeimende Debatte um eine mögliche Einstellung des Tickets ist zu vermeiden durch eine klare Positionierung aller politischen Ebenen. Daher gilt es neben der Position der Landesregierung auch als Landtag von Sachsen-Anhalt diese Forderung per Beschluss zu untersetzen.

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitz